

Deutsch-Armenische Gesellschaft
Herrn Raffi Kantian

r.kantian@t-online.de

JOHANNE MODDER

Vorsitzende

Abgeordnete im Wahlkreis Leer / Borkum

Landtagsbüro

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4035

FAX 0511/3030-4811

E-MAIL johanne.modder@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

14. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Kantian,

mit der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages „Erinnerung und Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern 195 – Deutschland muss zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen“ aus dem Jahr 2005 und der Resolution des Deutschen Bundestages „Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916“ aus dem Jahr 2016 hat der Deutsche Bundestag stellvertretend für das deutsche Volk die Vertreibung und Ermordung der im Osmanischen Reich lebenden Armenier als Völkermord benannt, sich zur deutschen Mitverantwortung für das Geschehene bekannt und die historische Mitschuld vorbehaltlos eingeräumt.

Frage 1: Wie bewertet Ihre Fraktion die oben genannte Feststellung des Deutschen Bundestages?

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag steht vollumfänglich hinter der Feststellung des Deutschen Bundestages. Unserer Auffassung nach kann es heute nicht mehr um die Frage gehen, ob der Genozid an den Armeniern stattgefunden hat. Dies ist zweifelsfrei erwiesen.

Der planmäßig betriebene Völkermord an den Armeniern ist deshalb von besonderer Bedeutung, da er, als einer der ersten, Zeugnis ablegt von dem im modernen Nationalstaat enthaltenen Gewaltpotential, mit Hilfe dessen sich religiöse und kulturell-nationalistische Ressentiments Bahn brachen. Internationales Zusammenwirken und die Ignoranz der nicht direkt Betroffenen in Diplomatie und Politik, die eigene nationale Interessen voranstellten, trugen ein Übriges zur humanitären Katastrophe bei. Deutschland hat sich dabei mitschuldig gemacht. – Eine Lehre zu ziehen, ein Schuldbewusstsein zu entwickeln, ein bestimmtes „Nie wieder!“ zu sagen, hat Deutschland damals nicht geschafft. Dies sollte sich auch in den Jahren des Nationalsozialismus schmerzhaft zeigen.

Das heute empfundene Mitgefühl mit den Nachkommen der Hinterbliebenen des Völkermordes an den Armeniern und die Fassungslosigkeit angesichts des Ausmaßes einer solchen sinnlosen und unmenschlichen Tat führt somit wiederholt zur bohrenden Frage, wie an die Opfer erinnert werden und eine Wiederholung verhindert werden kann.

Trotz der Entwicklung des Völkerrechts und einer internationalen Gemeinschaft, die über hundert Jahre nach dem historischen Ereignis sensibler geworden ist für Menschenrechtsverletzungen, sehen wir die Erziehung zu Demokratie und Minderheitenschutz als dauernde Aufgabe an. Diesen Bildungsauftrag im Sinne einer wehrhaften Demokratie müssen – neben der im liberalen Rechtsstaat autonomen Zivilgesellschaft – insbesondere die staatlichen Bildungseinrichtungen übernehmen.

Konkret muss es hier für uns um die Frage gehen, wie die historischen und politischen Zusammenhänge rund um den Völkermord an den Armeniern besser als bisher in den Bildungsinstitutionen in Niedersachsen vermittelt werden können.

Frage 2: Hat Ihre Fraktion bislang Schritte zur Umsetzung dieser Feststellung in Niedersachsen unternommen? Wenn ja, welche und mit welchem Ergebnis?

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat verschiedene Optionen geprüft, wie die Vertreibung und Vernichtung der Armenier als Teil der Aufarbeitung der Geschichte ethnischer Konflikte im 20. Jahrhundert in den verschiedenen Bildungsbereichen thematisiert werden kann.

In Bereich der universitären Bildung ist mit der im Grundgesetz garantierten Freiheit von Forschung und Lehre dem politischen Einfluss auf die Inhalte der Hochschulbildung eine klare Grenze gesetzt, die sich selbst aus den Erfahrungen der Diktatur auf deutschem Boden ableitet und nicht zuletzt deshalb unbedingt zu respektieren ist.

Im Bereich der schulischen Bildung sieht es etwas anders aus. An die Stelle der Freiheit von Forschung und Lehre tritt hier das Prinzip der eigenverantwortlichen Schule. Auch hier soll nicht in die Schule hinein „durchregiert“ werden – die Schule wird als eigenständiger Ort des Lernens verstanden; die Lehrenden sollen ihren Unterricht in pädagogischer Eigenverantwortung gestalten.

Was bedeutet dies für die Praxis? Nach unserer Ansicht kann es hier schwerpunktmäßig darum gehen, Lehrkräften aufzuzeigen, wie sie den Genozid an der armenischen Bevölkerung in ihrem Unterricht als Thema behandeln können, wie dies bspw. von Seiten des Kultusministeriums 2013 bei der fachdidaktischen Tagung für Geschichte und Politik zum Thema „Völkermord als Thema im Unterricht“ geschehen ist. Unserer Ansicht nach eignet sich das Thema beispielgebend für die Fächer Geschichte und Gesellschaftslehre und lässt sich hier in verschiedenen Kerncurricula bspw. in Bezug auf die Behandlung des Imperialismus im 19. Jahrhundert und seiner Folgen als thematischer Block integrieren.

Frage 3: Wenn nicht, was waren/sind die Gründe ihrer Zurückhaltung?

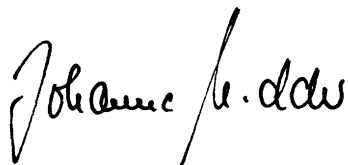
Siehe Antwort zu Frage 2.

Kann Ihre Fraktion sich in absehbarer Zeit ein Engagement in dieser Frage vorstellen? Was wird sie konkret unternehmen?

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird im ständigen Austausch mit dem Ministerium daran arbeiten, ein Konzept des „Erinnerns für die Zukunft“ zu entwickeln, wie es auch in der KMK-Empfehlung aus 2014 angedacht wurde. Ziel muss es sein, historisch-politische Bildung für das 21. Jahrhundert zu entwickeln, die bei jungen Menschen ein Problembewusstsein erzeugt und zur aktiven Positionierung im demokratischen Diskurs ermutigt. Teil dieser Bildung für Demokratie muss immer auch die Auseinandersetzung mit Fremdherrschaft, Diktatur und Kolonialismus sein. Auch eine Beschäftigung mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Genoziden ist für uns ein selbstverständlicher Teil der Erziehung zu Toleranz und der Entwicklung von Widerspruchsgeist gegen staatliches Unrecht.

Gerade vor dem Hintergrund des wiedererstarkenden Nationalismus und Rechtspopulismus in Deutschland und den aktuellen Entwicklungen in der Türkei ist es uns ein besonderes Anliegen, Lehrkräfte zu unterstützen und zu ermutigen, offen die widersprüchliche Geschichte auch des eigenen Nationalstaates zu thematisieren und dabei die Rolle und die Mitschuld des deutschen Kaiserreiches am Völkermord an den Armeniern klar zu benennen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Johanne Seidel". The signature is written in a cursive style with a large initial 'J' and a long horizontal stroke extending to the right.